blattchen

Ausgabe Nr. 296
Dezember 2023
Zeitung des



Treptow-Köpenick





Wir gratulieren unseren gewählten Kandidat:innen zur Europawahl am 9. Juni (von links): Platz 1: Martin Schirdewan, Carola Rackete, Özlem Alev Demirel-Böhlke und Gerhard Trabert.

Zeit für ein soziales Europa!

Die Linke setzt sich für eine demokratische EU ein

In Augsburg, der Geburtsstadt von Bertolt Brecht, hat sich DIE LINKE vom 17. bis zum 19. November über das Personal und das Programm für die Wahlen zum Europäischen Parlament verständigt. Die bevorstehenden Europawahlen spielen eine entscheidende Rolle inmitten zahlreicher Krisen. Die Linke wirbt für ein sozial gerechtes und demokratisches Europa, das den Menschenrechten und dem Frieden verpflichtet ist. Die Partei fordert eine Regulierung des Marktes auf europäischer Ebene, um soziale Gerechtigkeit zu fördern. Reiche und Konzerne sollen stärker zur Verantwortung gezogen werden, um in eine sozial und

ökologisch gerechte Zukunft zu investieren.

Es braucht ein soziales Europa. "Denn es gibt kein Recht auf Profit. Aber es gibt ein Recht auf Wohnen, auf Nahrung und auf Energie!" So Martin Schirdewan, Spitzenkandidat für die Europawahl. Deshalb muss der Mindestlohn in Deutschland auf 14 Euro steigen, damit die Beschäftigten in Zeiten der Teuerung von ihren Löhnen leben können. Özlem Demirel, Gewerkschafterin und Kandidatin auf Listenplatz 3 für das Europaparlament, setzt sich gegen eine weitere Aufrüstung Europas ein, die zu Kürzungen in den Sozialausgaben führt, wie wir es derzeit in Deutschland erleben. Sie ist

die Linke Stimme gegen Militarisierung und für soziale Gerechtigkeit.

Entsprechend der thematischen Ausrichtung wurde das gesamte Personal ausgewählt: Martin Schirdewan (Vorsitzender Die Linke), Carola Rackete (rettete als Kapitänin im Mittelmeer Menschen aus Seenot und setzt sich gegen die Abschottung Europas ein), Özlem Alev Demirel-Böhlke (Seit 2019 Mitglied im Europaparlament) und Gerhard Trabert (Sozialmediziner aus Mainz, gründete ein Arztmobil, welches alle Menschen in Not unabhängig von ihrer Versicherung behandelt, denn Gesundheit ist ein Grundrecht) führen die Liste an. Damit verbindet DIE LINKE parlamentarische



Erfahrung mit dem Engagement in der Klimabewegung und bei der Rettung von Geflüchteten mit der Aktivistin Rackete und stärkt zugleich ihr sozialpolitisches Profil mit dem Sozialmediziner Trabert. Mit einem neuen Gewand und frischen Inhalten, hat sich die Partei neu aufgestellt und kann im Juni selbstbewusst vor die Wähler:innen treten!

Carolin Weingart und Fabian Wisotzky

Gysi meint...

Hoffnungsvoller erster Schritt

In diesen Tagen ist es nicht leicht, ein linker Bundestagsabgeordneter zu sein. Wir müssen wegen des Austritts von zehn MdB nun erst einmal alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktion entlassen. Unser Recht, kleine und große Anfragen zu stellen, ist dahin. Viele Rechte, die eine Fraktion hat, stehen uns demnächst auch nicht mehr zu.

Aber es ist jetzt richtig, einen Schnitt zu machen und nach vorn zu schauen.

Und dabei geht es nicht nur um die Partei, es geht um unsere Gesellschaft. Wenn linke Denkanstöße in der Diskussion fehlen, dann verarmt sie. Ohne uns wäre die Sozialdemokratie das Linkeste im Bundestag. Ernsthaft? Es muss gerade jetzt eine Partei geben, die an die soziale Frage, die Frage des Ostens, die Flüchtlingsfrage und weitere anders herangeht als alle anderen und sich dem Rechtsruck entgegenstellt. Das ist das Wichtige an

der Opposition, man kann den Zeitgeist verändern. Das ist unsere Aufgabe.

Der Europa-Parteitag in Augsburg war dafür ein erster wichtiger Schritt. Er hat gezeigt, dass das Ende der innerparteilichen Auseinandersetzung mit der Wagenknecht-Truppe nun befreiend wirkt und DIE LINKE sich nicht mehr mit sich selbst, sondern mit den Problemen der Menschen beschäftigt. Durchaus streitbar, aber eben solidarisch und nicht mehr denunziatorisch. Wir werden auch als Bundestagsgruppe im Parlament und in den Medien jede Möglichkeit nutzen, unsere linken Vorschläge bekannt-

zumachen. Keine Phrasen, sondern Ideen und Konzepte. Es gilt, sich dabei vor allem um fünf Themen zu kümmern: Erstens: Reale Friedenspolitik. Zweitens: soziale Gerechtigkeit, einschließlich Steuergerechtigkeit. Drittens: ökologische Nachhaltigkeit in sozialer Verantwortung. Viertens: Die Gleichstellung von Frau und Mann. Und Fünftens: Die Gleichstellung von Ost und West. Der Augsburger Parteitag hat ein Aufbruchsignal gesetzt, dem nun Arbeit

folgen muss. Hunderte Neueintritte zeigen, dass viele Lust darauf haben. Das macht Hoffnung.





Die Delegation aus Treptow-Köpenick auf dem Augsburger Parteitag.

Weg mit der Schuldenbremse!

Superreiche endlich gerecht an der Finanzierung beteiligen



Das Bundesverfassungsgericht hat am 15.11.2023 über den Antrag der CDU entschieden:

Die Entscheidung der Regierung, 60 Mrd. Corona-Gelder in den Klima- und Transformationsfonds (KTF) zu übertragen und für Klimaschutz zu verwenden, ist rechtswidrig. Jetzt sind die Nachrichten voll von Debatten mit irrsinnigen "Sparvorschlägen". Natürlich soll wieder bei den Ärmsten gespart werden. Auf dem Augsburger Parteitag hat die Partei Die Linke sich mit dem Thema befasst.

Im Beschluss des Parteitages heißt es: Investitionen in Klimaschutz, die Umstellung von Gebäuden auf Klimaeffizienz, der Ausbau der Schiene für besseren Bahnverkehr sind bedroht. Das darf nicht sein! Die Gelder im Haushalt müssen zur Stärkung von sozialer Sicherheit und Klimaschutz umgeschichtet werden. Die Kreditmöglichkeiten müssen ausgeschöpft und die Ausgaben für Rüstung gekürzt werden.

Die Schuldenbremse ist eine Bremse für Investitionen und Zukunft: lösen!

Das Urteil hat Auswirkungen auf die Haushaltsplanungen von Ländern und Kommunen, in denen bereits riesige Lücken in der Daseinsvorsorge gerissen sind. Bundesländer haben vergleichbar Mittel aus dem Vorjahr anders verplant und in Sonderfonds überführt. Es ist eine absurde volkswirtschaftliche Vorstellung, dass, was über Generationen halten soll, – wie Schulen, Turnhallen oder Schwimmbäder – aus einem Haushaltsjahr bezahlt werden muss. Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, der Präsi-

dent des DIW, Marcel Fratzscher, und weitere anerkannte Ökonom:innen fordern mindestens die Aussetzung der Schuldenbremse für das Haushaltsjahr 2024, um Investitionsspielräume zu schaffen.

DIE LINKE fordert:

Die Schuldenbremse muss zurückgenommen werden. Kurzfristig muss für
2024 die Notfallklausel der Schuldenbremse in Kraft gesetzt werden, um die
besonderen Belastungen aus UkraineKrieg, Inflation und den staatlichen
Ausgleichsmaßnahmen bei den Energiepreisen zu stemmen. Es muss angesichts
der Notlage in Bildung, Pflege, Wohnungsnot und Klimaschutz ein verlässlicher Investitionsplan geschaffen werden.

Einnahmen verbessern:

Unser Konzept der Vermögensteuer umfasst 1% für Vermögen oberhalb von 1 Mio. Netto-Vermögen mit progressivem Verlauf für die Superreichen. Sie bringt mindestens 60 Mrd. Euro Einnahmen für die Länder – jedes Jahr.

Zur Bewältigung der Krisenlasten fordern wir eine einmalige Vermögensabgabe. Sie wird einmalig erhoben, kann aber über 20 Jahre abgezahlt werden und würde über 300 Mrd. Euro einbringen.

Während viele Menschen bei den hohen Preisen für Energie und Lebensmittel nicht mehr wissen, wie sie über den Monat kommen, fahren die Konzerne Extraprofite ein: EON hat bis September 2023 seine Gewinne um 27% (auf 7,8 Mrd. Euro) erhöht, RWE hat die Gewinne verdoppelt (auf 3.4 Mrd. Euro). Wir fordern eine Steuer in Höhe von 90 Prozent auf die Übergewinne der Krisenprofiteure. Spanien und Griechenland haben es vorgemacht: Übergewinne können erfolgreich abgeschöpft werden. Die Übergewinnsteuer muss auf andere Bereiche ausgeweitet werden, die von Krieg und Krisen profitieren.

Ausgaben sozial und ökologisch gerecht umschichten:

Die Bundesregierung verfehlt die selbstgesetzten Klimaziele schon mit der bisherigen Planung. Die Entscheidung des BVerfG darf nicht auf Kosten von Klimaschutz und einem nachhaltigen und sozial gerechten Umbau von Wirtschaft und Verkehr gehen. Klimafeindliche Subventionen müssen in größerem Umfang abgebaut werden.

Keine weiteren Kürzungen im Haushalt im Bereich Soziales, Gesundheit, Bildung und Erziehung, Wohnen und ÖPNV. Im Gegenteil: Hier muss mehr Geld bereitgestellt werden! Der Alltag mit Pflegenotstand, Bildungsmisere und Wohnungsnot zermürbt viele Menschen

Mehr Vorfahrt für den Bus

Und bessere Arbeitsbedingungen

Die BVG hat presseöffentlich mitgeteilt, dass sie zum Fahrplanwechsel am 10. Dezember die Leistungen im Busverkehr um 6 Prozent kürzen wird. Der Grund für die Kürzungen ist der eklatante Personalmangel im Busbereich. Die BVG hat erklärt, ihre Ausbildungsoffensive zu intensivieren und weitere konkrete Maßnahmen zur Arbeitsentlastung auf dem Weg zu bringen, um den Job attraktiver zu machen. Aussagen von Senatorin Schreiner zielen bisher darauf, dass die BVG den Verkehrsvertrag erfüllen solle.

Die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus vermisst jedoch konkrete Initiativen der für den Verkehr in der Stadt zuständigen Senatorin

Dazu erklärt Kristian Ronneburg, Sprecher für Mobilität der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus: "Senatorin Schreiner sollte nicht nur auf den Verkehrsvertrag verweisen, sondern auch aktiv etwas unternehmen, dass dieser von der BVG auch eingehalten werden kann.

Dazu gehört zum Beispiel, dafür Sorge zu tragen, dass die Busfahrerinnen und Busfahrer nicht mehr im Stau stehen müssen. Je langsamer der Bus wird, desto mehr Personalbedarf gibt es – eine einfache Logik.

Vertreter der CDU waren in der Vergangenheit besonders stolz darauf, dass Busspuren in dieser Stadt weggeklagt wurden. Nun hat man anscheinend den Bock zum Gärtner gemacht. Die CDU muss verstehen, dass Busspuren keine Gängelung von Autofahrern, sondern ein wichtiger Baustein für die Attraktivität des Nahverkehrs für die Fahrgäste dieser Stadt sind. Mit Busspuren und Ampel-Vorrangschaltungen können wir

den Bus schneller durch die Stadt bringen. Wir erwarten, dass die Senatorin unverzüglich ein solches Maßnahmenpaket auf den Weg bringt.

Auch die BVG muss weitere Maßnahmen auf den Weg bringen: Die Bezahlung insbesondere für neue Fahrerinnen und Fahrer muss verbessert und die Arbeitsbedingungen besonders im Schichtdienst müssen attraktiver werden, zum Beispiel durch eine stärkere Berücksichtigung persönlicher Belange der Fahren-

Wir erwarten, dass BVG und Senat nun schleunigst ein Maßnahmenpaket für schnelleren Busverkehr und gute Arbeitsbedingungen für die Busfahrerinnen und -fahrer auf den Weg bringen."



Aus Rathaus EPTOW-KÖPENICK

Ausgabe Nr. 296 Dezember 2023 **Fraktion DIE LINKE** in der BVV Treptow-Köpenick

Treptow-Köde Bürgernah und sozial.

Auf einer Veranstaltung der Fraktion Die Linke in der BVV wurde über Lösungen diskutiert.

Aus für Ärztehaus

Ärzteversorgung im Plänterwald gefährdet

Die ärztliche Versorgung im Plänterwald steht vor unsicheren Zeiten, da ein Investor ein Ärztehaus im Dammweg erworben und eine weitere Vermietung abgelehnt hat. Eine weitere Arztpraxis und eine Apotheke in der Galileistraße stehen vor dem Aus. Bewohnerinnen und Bewohner sind zurecht besorgt über die Zukunft ihrer Gesundheitsversorgung.

Auf einer Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE in der BVV wurde nun über Lösungen diskutiert. Carolin Weingart, Bezirksstadträtin für Soziales und Gesundheit (DIE LINKE), berichtete von ihrem Einsatz, das Gebäude als Ärztehaus zu erhalten. "Ich habe Kontakt zu dem Investor aufgenommen und gefragt, ob es möglich ist, das Gebäude weiter als Ärztehaus zu betreiben. Inzwischen hat er erklärt, er möchte dort Wohnungen bauen und gegebenenfalls im Erdgeschoss eine Arztpraxis einplanen. Ob sich Ärzt:innen die Mietpreise leisten können, ist fraglich. Ich finde das nicht gut, aber der Eigentümer darf leider mit seinem Grundstück machen, was er will.", so Weingart. Dennoch wird für die Standorte am Dammweg und an der Gallileistraße derzeit geprüft, ob dort Ärzt:innen durch die Kassenärztliche Vereinigung angestellt werden können. "Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass wir für Plänterwald eine Lösung finden", verspricht die Bezirksstadträtin weiter. Auch die direkt gewählte Abgeordnete in Plänterwald, Katalin Gennburg (LINKE), kündigte an, sich in die Bemühungen um Räume einzuschalten. Die rechtlichen Gegebenheiten im Gewerbebereich verschärfen die Situation. wie Tobias Schulze, Experte für Gesundheitspolitik der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus, betonte: "Eine Arztpraxis zählt als normaler Gewerbebetrieb. Wir haben in Deutschland keinerlei Gewerbemieterschutz. Das ist ein Riesenproblem. Wenn ein Vermieter entscheidet, die Arztpraxis fliegt raus, weil jemand anderes mehr Miete zahlt, dann fliegt die Arztpraxis raus, und die Praxis kann nichts dagegen tun. Als Linke fordern wir schon lange eine Deckelung der Gewerbemieten. Das betrifft beispielsweise Ärzt:innen, Kitas oder kleine Geschäfte - und die Bundesregierung schaut tatenlos zu."

Schulze sieht eine strukturelle Herausforderung in der Alleininhaberschaft von Arztpraxen. "Wir stoßen mit dem Modell der Alleininhaberschaft von Arztpraxen an Grenzen. Das ist nur noch dort lukrativ, wo es mehr Geld zu verdienen gibt als ein Oberarzt an einer Klinik. Wir brauchen also neue kollektive Strukturen. Versorgungszentren, Polikliniken und Gemeinschaftspraxen sind hier die Lösung. Dort, wo neue Wohnungen gebaut werden, müssen Räume für solche Strukturen mitgeplant werden. Das muss schnell gehen – und dafür setzen wir uns ein."

Die Kassenärztliche Vereinigung Berlin betonte, dass die ärztliche Versorgung pro Bevölkerung rein rechnerisch angewachsen sei. Dennoch gestand sie ein, dass Ärzte nicht gezwungen werden könnten, sich anzusiedeln. Der Bezirk müsse werben und sich attraktiv präsentieren. "Wir fördern die Niederlas-

sung von Ärzten, das wirkt, ist aber noch nicht das, was wir erreichen wollen", erklärte Dr. Burkhardt Ruppert, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Berlins. Besonders betroffen von dem Mangel an Ärzt:innen sind Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg. Überversorgt sind hingegen Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg. Laut Tobias Schulze gebe es verschiedene Erklärungen dafür, dass die Versorgung trotz des scheinbaren Anstiegs schlechter sei. "Abrechnungsdetails verschlechtern die Versorgung und hohe fachliche Kompetenzen der Ärzt:innen sorgen dafür, dass aus Brandenburg und anderen Bundesländern Patientinnen und Patienten nach Berlin kommen."

In der Diskussion wurden viele Probleme in der aktuellen Struktur des Gesundheitswesens deutlich. In Treptow-Köpenick nahm Carolin Weingart ihr Amt als Bezirksstadträtin in einer besonders schwierigen Situation auf: Der frühere Bezirksstadtrat Bernd Geschanowski (AfD) hatte die Ärzt:innenversorgung fünf Jahre lang an die Wirtschaftsverwaltung geschoben und Lösungsvorschläge der Bezirksverordnetenversammlung abgelehnt. Die Einrichtung einer Kontaktbörse zur Absicherung der haus- und fachärztlichen Versorgung in Treptow-Köpenick lehnte er wiederholt als "nicht geeignet" ab.

Öffentliches WLAN

Künftig in Gebäuden mit Publikumsverkehr

Das Bezirksparlament (BVV) hat auf Antrag der Fraktion Die Linke beschlossen, dass das Bezirksamt in Gebäuden mit Publikumsverkehr öffentliches WLAN bereitstellen soll. Vorausgegangen warendem Beschluss lange Debatten zur Umsetzbarkeit des Anliegens. Kürzlich waren jedoch schon in den Kiezklubs öffentliches WLAN eingerichtet worden. Philipp Wohlfeil, der Fraktionsvorsitzende Die Linke, betonte die Notwendigkeit dieses Schrittes: "Was für die Kiezklubs möglich ist, sollte auch in bedeutenden Bereichen wie dem Bürgeramt realisiert werden, wo die Menschen oft lange warten und der Mobilfunkempfang unzureichend ist." In Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln ist öffentliches WLAN bereits seit über zehn Jahren mit dem bewährten Freifunk-Verfahren verfügbar. Das sei kostengünstiger sei als die bei den Kiezklubs gewählte Variante der Fremdvergabe. Zudem bleibe die Infrastruktur in öffentlicher Hand. Im Ausschuss hatten zwei Vertreter des Berliner Freifunkvereins das Projekt vorgestellt, an dem jeder und jede teilnehmen könne. Freifunk wird dem Bezirksamt auch im nun beschlossenen Antrag empfohlen. Wohlfeil unterstrich die Dringlichkeit der Maßnahme für Treptow-Köpenicker Ämter und forderte, dass öffentliches WLAN in Kiezklubs. Bürgerämtern und Rathäusern zur Selbstverständlichkeit wird. Er verwies darauf, dass in Cafés, Fitnessstudios, Reisebussen und Flugzeugen kostenloses öffentliches WLAN längst Standard sei. Statt hohe Summen für externe Dienstleister auszugeben, sollte das Bezirksamt die Aufgabe mit bereits vorhandenen Mitteln wie Freifunk kosteneffizient umsetzen. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Konzepts in benachbarten Bezirken diene als Inspiration. Sogar im Büro seiner Fraktion stünde bereits öffentliches WLAN per Freifunk zur Verfügung. Wann das Bezirksamt die Umsetzung des Antrags beginnt und das öffentliche WLAN schrittweise aufgebaut wird, bleibt vorerst unklar. Wohlfeil versprach jedoch, die Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen: "Wir behalten das sehr genau im Auge." gleft.de/5r6



Der grüne Innenhof Orionstraße bleibt erhalten.

Übergabe Anfang 2024

Grüner Innenhof an der Orionstraße dauerhaft gesichert



Der grüne Innenhof zwischen der Orionstraße und Am Plänterwald bleibt dauerhaft erhalten und wird zu einer gewidmeten öffentlichen Grünanlage. Das geht aus der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage von Uwe Doering (Die Linke) hervor. Zuvor hatte die Wohnungsbaugesellschaft "Stadt und Land" geplant, den Innenhof zur Nachverdichtung zu nutzen und weitere Wohngebäude zu errichten. Nach Protesten von Anwohnenden konnte mit einem Flächentausch ein Kompromiss erreicht werden und der Hof blieb erhalten. Der Wohnervor.

nungsbau findet nunmehr an der Galileistraße statt. Weiter sei ein unbefristeter Vertrag mit dem Bezirksamt geschlossen worden, um den Innenhof als öffentliche Grünanlage zu widmen, schreibt das Amt. Die Übergabe der Fläche an das Straßen- und Grünflächenamt sei für Anfang 2024 geplant.

Dazu erklärt Uwe Doering, Sprecher für Stadtentwicklung der Fraktion Die Linke: "Dass der Hof zur Naherholung erhalten bleibt, ist ein schöner Teilerfolg für die Anwohnenden. Es zeigt, dass sich Engagement und Beharrlichkeit auszahlen und dass Nachverdichtung für dringend benötigten Wohnraum durchaus möglich ist, wenn man die Anwohnenden einbindet und mitnimmt. Es bleiben in dem Wohngebiet weitere dringende Probleme, die es zu lösen gilt. Die Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten, Ärztinnen und Ärzten und eine verkehrliche Entlastung wird immer dringender, insbesondere, wenn bald viele neue Nachbarinnen und Nachbarn dazu kommen."

Jeden Tag ein Türchen

Vom 1. bis 24. Dezember öffnen sich in Ober- und Niederschöneweide unterschiedliche Türen, jeden Tag eine andere: von privaten Haushalten, Hofgemeinschaften, Vereinen bis hin zu großen Veranstaltungsorten. Dabei ist das Wort "Tür" an manchen Tagen auch im übertragenen Sinne zu verstehen, denn es finden auch Veranstaltungen unter freiem Himmel statt. Das Programm ist bunt und vielfältig, so wie die Bewohner:innen des Kiezes.

"Die Tage werden kürzer und die Farben trister. Aber wir wären nicht eine so bunte Nachbarschaft, wenn wir es nicht schaffen würden, auch im Winter ein bisschen Farbe in unseren Alltag zu bringen. Jeden Tag können wir uns vor einem der angebotenen Türchen treffen und eine besinnliche Zeit miteinander verbringen, neue Dinge ausprobieren und hinter Türen schauen, die nicht so häufig geöffnet sind." SchöneVibes Kollektiv e.V.

Die Besucher:innen können sich auf ein abwechslungsreiches Angebot freuen: Glühwein, Tanz, Meditation, Stockbrot an der Feuerschale, offene Ateliers, Schlemmereien, Bewegungskurse, Musik und der Oberschöneweider Weihnachtsmarkt werden kostenfrei oder gegen freiwillige Spende angeboten und laden zu nachbarschaftlichen, stimmungsvollen Treffen ein. Das gesamte Programm mit allen Details ist

Online einsehbar. Die Veranstaltungsorte, die Türen und Plätze werden mit schön gestalteten Nummern kenntlich gemacht. Für einzelne Tage ist eine Vorab-Anmeldung erforderlich. An vielen Tagen ist eine spontane Teilnahme möglich. Hinweise dazu finden sich im Programm.

Organisiert und begleitet wird der "lebendige Kiezkalender" vom SchöneVibes Kollektiv e.V., einer gemeinnützigen Nachbarschaftsinitiative aus Schöneweide, welche sich für eine Vernetzung der Men-

DER ERSTE
LEBENDIGE
ZKALENDER

-01. BIS 24. DEZENBER
KÖNEWEIDE

GRENSTE

KRÖNEWEIDE

KRONEWEIDE

Bildung und Sozialem sowie die Kulturvermittlung einsetzt. Die Arbeit am
Kiezkalender begann
im September und
die ganze Nachbarschaft konnte sich
aktiv beteiligen: mit
Hilfe eines Anmeldeverfahrens und öffentlicher Treffen konnten
sich Haus- und Hofge-

schen aus dem

Kiez und die För-

derung von Um-

welthewusstsein.

meinschaften sowie Vereine und Organisationen einen Tag im Adventskalender aussuchen und ein Programm vorschlagen.

Beschlüsse

Beschlüsse:

IX/0466 Sichere Querung auf der Südostallee (SPD, DIE LINKE)

IX/0501 Gymnasium in Kiefholzstraße 274 zeitnah in Konzept für "Barrierefreiheit für öffentliche Gebäude" einbeziehen und als barrierearmen Standort ertüchtigen (SPD, DIE LINKE, B'90 Grüne) IX/0506 Orionstraße und Galileistraße in Plänterwald als Einbahnstraßen ausweisen (DIE LINKE, SPD)

IX/0513 Öffentliches WLAN im Bezirksamt (DIE LINKE, B'90Grüne, Beitritt: Einz.-BzV (FDP))

IX/0522 Querungshilfe Ingeborg-Hunzinger-Straße Höhe Alter Hegemeisterweg (DIE LINKE, SPD)

IX/0556 Seniorennetz Berlin unterstützen (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne) IX/0557 Fortführung der 16i-Beschäftigungsverhältnisse in Schulbibliotheken und Kiezklubs (DIE LINKE, SPD, B'90Grüne)

IX/0561 Ordnungswidriges Parken im Püttbergeweg unterbinden (DIE LINKE, SPD)

IX/0559 Renaturierung des öffentlichen Grillplatzes im Landschaftspark Johannisthal / Adlershof (B'90Grüne, SPD, DIF LINKF)

IX/0583 Nie wieder ist jetzt – Treptow-Köpenick stellt sich gegen Antisemitismus (SPD, CDU, DIE LINKE, B'90Grüne, Einz.-BzV (Tierschutzpartei), Einz.-BzV (FDP))

IX/0601 Neue Brücke der Westumfah-

rung der Bahnhofstraße im Design der "Alten Försterei" gestalten (SPD, DIE LINKE Beitritt: CDU, Einzelverordnete FDP)

IX/0604 Neue Brücke der Westumfahrung der Bahnhofstraße im Design der "Alten Försterei" gestalten (SPD, DIE LINKE, Beitritt: CDU, Einz.-BzV (FDP))

In die Ausschüsse überwiesen:

IX/0580 Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung auskömmlich finanzieren (Jugendhilfeausschuss)
IX/0584 Schulwegsicherheit - Fußgängerampel in der Salvador-Allende-Straße (DIE LINKE, SPD, B'90Grüne)
IX/0586 Bezirklicher Aktionsplan für queeres Leben und gegen Queerfeindlichkeit (B'90Grüne, DIE LINKE)

IX/0588 Sichere Querung des Müggelseedamms Höhe Bruno-Wille-Straße (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)
IX/0592 Bewerbung des queeren

Jugendangebots im JuKuz (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

IX/0595 Aushang zum Berliner Register in allen Dienstgebäuden des Bezirks

ter in allen Dienstgebäuden des Bezirks mit Publikumsverkehr (SPD, DIE LINKE, B'90Grüne)

IX/0602 Für mehr Verkehrssicherheit an der Straße An der Wuhlheide (SPD, DIF LINKE, B'90Grüne)

IX/0603 Für mehr Schulwegsicherheit
- Dauerhafte Bedarfsampel in der
Gehsener Straße errichten (SPD,
DIE LINKE, B'90Grüne)

IX/0604 Sicher Radfahren auf der Odernheimer Straße (SPD, DIE LINKE)





Bezirksstadträtin Carolin Weingart und Hartmut Gröpler von der Sozialkommission gratulierten Gertrud Oertel zum 109. Geburtstag.

Älteste Bürgerin **Treptow-Köpenicks**

Weingart: "Hier lässt sich gut alt werden"

Anlässlich des 109. Geburtstages von Gertrud Oertel am 11. November 2023 überreichte die Bezirksstadträtin für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe Carolin Weingart gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Sozialkommission 27 Niederschöneweide. Herrn Hartmut Gröpler, die Glückwünsche des Regie-

renden Bürgermeisters von Berlin und des Bezirksamtes Treptow-Köpenick. Frau Oertel ist 1914 in Seddin geboren und in Michendorf aufgewachsen. Nach Berlin ist sie für ihren Beruf bei der Bahn gezogen. Als Alleinstehende hat sie ein Kind aus dem Kinderheim in der Südostallee adoptiert. Inzwischen wohnt Frau Oertel gemeinsam mit ihrem Kater

in einer Senioren-Wohngemeinschaft in Niederschöneweide.

Im Bezirk Treptow-Köpenick leben derzeit 73 Menschen, die das bemerkenswerte Alter von 100 Jahren und älter erreicht haben. Dieses hohe Alter erreichen überwiegend Frauen. Frau Oertel ist mit ihren 109 Jahren derzeit die älteste Bürgerin im Bezirk.

Carolin Weingart hierzu: "Treptow-Köpenick ist ein Ort, in dem es sich gut alt werden lässt. Jeder Mensch, der 100 Jahre alt wird, stellt mit seiner Lebenserfahrung eine Bereicherung für unsere Gemeinschaft dar. Ich danke allen Ehrenamtlichen, die dazu beitragen, dass sich die hochaltrigen Menschen in Trep-

tow-Köpenick wohl fühlen und sie bei Bedarf an die zuständigen Stellen im Amt für Soziales oder dem Gesundheitsamt vermitteln können."

Im Auftrag des Amtes für Soziales beteiligen sich ungefähr 300 Ehrenamtliche in Sozialkommissionen und Sondersozialkommissionen. Etwa zwei Drittel davon engagieren sich im Gratulationsdienst. Sie besuchen Menschen zum 80., 85. und ab dem 90. Geburtstag iährlich und überreichen eine Glückwunschkarte samt kleinem Präsent. Bürgerinnen und Bürger, die ihren 100. Geburtstag feiern, werden darüber hinaus von einem Bezirksamtsmitglied zu ihren Geburtstagen besucht. Insgesamt 29 Sozialkommissionen übernehmen monatlich etwa 750 Gratulationen im Rezirk

Die Sozialkommissionen sind immer auf der Suche nach ehrenamtlichen Helfer:innen, die sich engagieren und den Gratulationsdienst unterstützen möchten. Hierbei können Kontakte geknüpft werden, interessante Gespräche entstehen und es wird über die vielfältigen sozialen Angebote im Bezirk informiert. Bei Bedarf stehen das Amt für Soziales und niedrigschwellige Prävention und Beratung zur Unterstützung bei Pflege und Mobilität zur Verfügung.

Wer sich gesellschaftlich engagieren und den Gratulationsdienst unterstützen möchte, dem steht das Ehrenamtsbüro des Amtes für Soziales gern für weitere Informationen zur Verfügung: Tel: (030) 90297 - 6152, E-Mail: sozialamt.ehrenamt@ba-tk.berlin.de .

KIEZKLUBs haben weiter Bestand

Lösung für Mitarbeiter zeichnet sich ab

Im vergangenen September reichte die Fraktion Die Linke einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung ein, um die Arbeit in den Kiezklubs und Schulbibliotheken abzusichern. Zumindest für die Sicherstellung der Arbeit in den Kiezklubs zeichnet sich nun eine Lösung ab. Die dortigen Mitarbeiter:innen unterstützen derzeit den Betrieb der kommunalen Einrichtungen, ohne die ein reibungsloser Ablauf schwierig wäre. Die sogenannten 16i-Stellen gemäß des entsprechenden Paragraphen im Sozialgesetzbuch sind Teil eines Förderprogramms des lobcenters, das darauf abzielt, Langzeitarbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dabei Teile des Lohns zu übernehmen. Aktuell laufen diese Programme jedoch aus. "Ohne eine klare Perspektive für diese Menschen erreichen wir nicht unser erklärtes Ziel einer dauerhaften Beschäftigung", betont Carolin Weingart, die für die bezirklichen Kiezklubs zuständige Sozialstadträtin (DIE LINKE).

"Wir führen derzeit Gespräche mit den betroffenen Personen und prüfen, ob und wie wir reguläre Beschäftigungsmöglichkeiten für sie an anderer Stelle im Bezirksamt schaffen können", erklärt Weingart. Aufgrund der Finzierungssystematik seien die bisherigen Stellen in den Kiezklubs nicht auf Dauer tragbar. Dennoch gibt es Ideen für einen reibungslosen Weiterbetrieb der Kiezklubs. "Wir beabsichtigen, Minijobs für Rentner:innen zu schaffen, die dann die Leitungen der Kiezklubs unterstützen", so Weingart. Zudem ist eine neue Gruppenleitungsstelle inzwischen besetzt, die sich um die Betreuung der Kiezklubs kümmert und neue Perspektiven eröffnen soll. "Nicht nur das Publikum in den

Kiezklubs verändert sich, auch die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren sind heute anders, und die Anforderungen an ehrenamtliche Arbeit haben sich geändert. Diese Aspekte müssen wir berücksichtigen, um eine erfolgreiche Zukunft der Kiezklubs sicherzustellen", erläutert Weingart.

Es bedarf jedoch auch einer Überprüfung und Anpassung des Finanzierungssystems für die Kiezklubs. Die Kosten-Leistungs-Rechnung (KLR), die allen Berliner Bezirken vorgegeben ist, sollte überdacht werden, um neue Freiräume zu schaffen. "Derzeit ist es beispielsweise nach der KLR auf dem Papier teurer, eine eigene Immobilie zu nutzen, statt Räume anzumieten. Dies ist nicht mehr zeitgemäß und schadet unseren Kiezklubs, die vor allem in bezirkseigenen Räumen untergebracht sind", betont Weingart. Für den Weiterbetrieb der Schulbibliotheken gibt es bisher noch keine öffentlich kommunizierten Perspektiven. Geld für die dringend benötigten Schulbibliothekar:innen müsste sich Schulstadtrat Marco Brauchmann (CDU) beim Berliner Finanzsenator Stefan Evers (CDU) erfragen.



Weitere Arbeiten am Sterndamm

Wie die BVG mitteilt werden am Sterndamm weitere Bauarbeiten durchgeführt. Sie werden bis Ende Februar 2024 andauern. Dabei werden vor allem Leitungsbauarbeiten stattfinden. Bis zum dritten Quartal 2024 erfolgen dann die Herstellung der Gleisverbindung zum Straßenbahn-Bestandsnetz, der Rückbau der provisorischen Straßenbahn-Haltestellen am Sterndamm, die Verfüllung der Gleise mit Rückbau der alten Gleise sowie Deckenschlussarbeiten. Die Arbeiten werden bis zum dritten Quartal 2024 fortgesetzt.

Bürgersprechstunde

Bezirksstadträtin und Leiterin der Abteilung Soziales, Gesundheit, Arbeit und Teilhabe, Carolin Weingart, Donnerstag, 7. Dezember von 10-11.30 Uhr (telefonisch oder vor Ort) Hans-Schmidt-Straße 16, 12489 Berlin, Raum 131

Anmeldung unter: (030) 902 97 59 88



Aus Solidarität mit den Opfern des Hamas-Angriffs auf Israel wurde am Rathaus die israelische Flagge aufgezogen.

Antisemitismus entgegentreten

Vor der eigenen Haustüre kehren



Redebeitrag in der BVV am 16. November von Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der

Fraktion DIE LINKE, zum gemeinsamen Antrag "Nie wieder ist jetzt - Treptow-Köpenick stellt sich gegen Antisemitismus" von SPD, CDU, DIE LINKE, B'90Grüne, Tierschutzpartei, FDP:

Auf beiden Seiten verhindern Extremist:innen mit ihrem Hass und mit ihren Maximalforderungen eine Lösung dieses Konfliktes. Wäre der in Oslo so vielversprechend begonnene Prozess erfolgreich abgeschlossen worden, hätte die jugendliche Bevölkerungsmehrheit im Gazastreifen in Frieden aufwachsen können, wären Raketenangriffe auf Israel unterblieben, wären die Gewalt und der Siedlungsbau im Westjordanland

gestoppt worden. Und wir können das ja nicht ganz isoliert betrachten, auch die schrecklichen Verbrechen der Hamas vom 7. Oktober, Morde, Vergewaltigungen und Geiselnahmen, hätten wohl nicht stattgefunden und die militärische Reaktion Israels wäre nicht notwendig geworden. Was für eine Tragik. Diese Ereignisse bewegen uns auch in Berlin. Die jüdische bzw. israelische und die palästinensische community leiden mit ihren Freund:innen und Angehörigen. Die Auseinandersetzungen werden hier in die Wohnzimmer und auf die Straße getragen, Menschen und Einrichtungen werden bedroht. Angeheizt wird die ohnehin schon schwierige Lage noch von Recep Tayyip Erdogan, der morgen in Berlin sein wird. Ich hoffe, der Bundeskanzler findet deutliche Worte. Mit unserem Antrag setzen wir nicht nur Zeichen, sondern wollen auch konkrete Maßnahmen für Verständigung und Aussöhnung jedenfalls bei uns in Treptow-Köpenick umsetzen.

So verstörend die Bilder mit dem Jubel und dem Verteilen von Süßigkeiten auf der Sonnenallee als Reaktion auf die brutalen Terroranschläge der Hamas waren, so abscheulich die Angriffe auf Synagogen in den letzten Wochen waren, müssen wir doch zwei Dinge im Blick behalten:

1. Mitgefühl und Solidarität mit der leidenden palästinensischen Zivilbevölkerung sind nicht antisemitisch, auch die Menschen in Gaza sind Geiseln und Opfer der Hamas,

2. Zeigen wir vor dem Hintergrund der deutschen Vergangeheit mit dem Finger nicht so schnell auf andere: sprachliche Codes, Elitenschelte und Verschwörungstheorien vornehmlich in der Rechten, auch in der AfD, sind antisemitisch konnotiert, das antisemitische Flugblatt in der Schultasche von Hubert Aiwanger wurde wohl kaum von einem Palästineser da reingesteckt und der Anschlag am Jom Kippur auf die Synagoge in Halle gehen auf das Konto eines Deutschen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es einen sich links verortenden Israelhass gibt. Antisemitismus ist tiefer verankert, als manche wahrhaben wollen, missbrauchen wir die schrecklichen Ereignisse im Nahen Osten nicht in der Debatte um Flucht und Migration, ohne die Augen vor realen Problemen zu verschließen, und vor allem kehren wir auch vor der eigenen Haustür.

Die AfD versucht regelmäßig Antisemitismus für rassistische Hetze zu benutzen. Schon 2018 haben wir über dieses sich wiederholende

Muster geschrieben: "So funktioniert die Provokationsspirale der AfD" https:// gleft.de/5r5



KONTAKT

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205 Neue Krugallee 4, 12435 Berlin Tel. (030) 533 76 07 mail@linksfraktion-tk.de

Sprechzeiten:

15.00 - 18.00 Uhr Mo. Do 12.00 - 17.00 Uhr Dienstag Sprechzeiten nach Voranmeldung

www.linksfraktion-tk.de







Stoffbilder in der Bibliothek

Collagen aus Stoffresten gearbeitet

Eine neue Ausstellung ist seit 17.11. 2023 in der Mittelpunktbibliothek Köpenick zu sehen: Gitti Blumu Stoffbilder -Alle meine Geister und Mitbewohner. Die Künstlerin, die eigentlich Brigitte Bludau Munroe heißt, ist Berlinerin; studierte Theatermalerei in Dresden; ab 1972 war sie in den Dekorationswerkstätten der Berliner Theater tätig; ab 1988 Leiterin der Kostümmalerei der

Deutschen Oper. Seit 2014 arbeitet sie als freie Mitarbeiterin für Berliner Theater. "Stoffe faszinierten mich schon als Kind, die vielen Farben, Muster und Materialien. In meinem Elternhaus gab es viele Stoffe, Reste und auch Kleidung, alles wurde aufgehoben. Später in den Theaterwerkstätten gab es auch immer wieder Stoffreste und so fing ich an, daraus Kollagen zu nähen. Neben dem Malen und grafischen Techniken ist es in den letzten Jahren zu meiner Hauptbeschäftigung geworden. Formen und Farben der Stoffe geben mir Ideen, die sich dann weiterentwickeln zu einer konkreten Form mit Abstraktion und Phantasie.

Die Ausstellung ist bis zum 24. Februar 2024 zu den Öffnungszeiten der Bibliothek im Fover zu sehen.

IMPRESSUM

Aus dem Rathaus Treptow-Köpenick

Monatszeitschrift der Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Joseph Rohmann Postanschrift: Fraktion DIE LINKE in der BVV Treptow-Köpenick, Redaktion Aus dem Rathaus. Neue Krugallee 4, 12435 Berlin Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzunge

von Artikeln und Leserbriefen vor. Satz: www.karenaugust.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23 November 2023 Die nächste Ausgabe "Aus dem Rathaus" erscheint am Dienstag, 6. Feb. 2024 Redaktionsschluss dafür: Di 23.1.24



Das "blättchen" braucht Spenden!

Um die Kosten für unsere Bezirkszeitung decken zu können, ist eine Spende von mindestens 25 Cent für jede Ausgabe hilfreich. Allen Spendern herzlichen Dank für die Unterstützung. Überweisen Sie Ihre Spende bitte an: DIE LINKE Berlin IBAN: DE59100708480525607803 BIC: DEUTDEDB110, Berliner Bank AG Verwendungszweck: 502-810, sowie Name, Vorname und Anschrift angeben

Wir gratulieren im **Dezember** und **Januar** zum Geburtstag

Geburtstage Dezember

- 70. Christel Müller
- 75. Dietrich Hilsdorf, Monika Kuhnt
- 80. Heidi Peter
- 85. Anna Schendel, Helga Beurich
- 90. Anna Friedrich, Bärbel Arlt
- 91. Erika Segendorf, Christel Borchert, Gisela Brandt, Christoph Kleinschmidt
- 95. Lieselotte Liebig, Helmut Horatschke
- 96. Ilse Pahlke, Brunhilde Krupinski
- 98. Käthe Bieler

Geburtstage Januar

- **70.** Jürgen Braun
- 75. Klaus-Detlef Haas, Jürgen Pfitzner
- 85. Erika Muhl, Brigitte Obst
- 90. Ursula Kolbe, Lore Linke
- 91. Erika Gäbler, Gerlind Kleinschmidt, Doris Klemm
- 93. Josef Horlamus, Iohanna Kirsch
- 94. Richard Breitbarth. Eva Krebs
- 95. Heinz Prohl

KONTAKT

Geschäftsstelle Treptow-Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin Tel. 6432 9776, Fax 6432 9792 bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de

Öffnungszeiten: Montag

14.00 -17.00 Uhr Dienstag 10.00-18.00 Uhr 13.00-16.00 Uhr Mittwoch Donnerstag 10.00-16.00 Uhr

Büro ist vom 20.12. bis 7.1. geschlossen.

Kassenzeiten:

1. Dienstag im Monat (Blättchentag) jeweils 13.00-15.45 Uhr

Wahlkreisbüro Katalin Gennburg, MdA

Moosdorfstraße 7-9, 12435 Berlin Tel. (030) 80 93 27 58 buero.gennburg@linksfraktion.berlin

Wahlkreisbüro Carsten Schatz, MdA

Wißlerstraße 24, 12587 Berlin Tel. 65940 800, Fax 65940 801 buergerbuero@carsten-schatz.de

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi, MdB

Brückenstraße 28, 12439 Berlin Tel. 63 22 43 57, Fax 3 22 43 58 gregor.gysi@wk.bundestag.de Sprechzeiten:

Mo + Mi 13.00 - 16.30 Uhr

Kassenzeiten Brückenstraße: 1. Dienstag im Monat (Blättchentag) jeweils 13.00 - 15.45 Uhr

www.dielinke-treptow-koepenick.de









IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick Monatszeitschrift des Bezirksverbandes der Partei

DIE LINKE, Treptow-Köpenick Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Edith Karge, Joseph Rohmann Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin. Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor. Satz: www.karenaugust.de Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH Am Wasserwerk 11, DE - 10365 Berlin Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 23. November 2023 Erscheinungstag blättchen 297: Di. 6. Feb. 2024 Redaktionsschluss dafür: Di 23.1.24

Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert

Antisemitismus und Rassismus ächten!

Beschluss des Augsburger Parteitages



Die Situation in Israel und Palästina beschäftigte natürlich auch die Delegierten des Par-

teitages in Augsburg. Dort wurde ein umfangreicher Antrag beschlossen, den wir hier auszugsweise wiedergeben. Der gesamte Beschluss ist im Internet unter https://gleft.de/5r7 zu finden.

Die brutalen Massaker der Hamas vom 7. Oktober in Israel und der daraufhin nun ausgetragene Krieg im Gazastreifen mit all seinen schrecklichen Folgen für die Zivilbevölkerung und den tausenden Toten erschüttern uns zutiefst. Wir sind Augenzeugen unfassbaren Leids. Tausende Menschen wurden und werden brutal aus dem Leben gerissen. Es braucht unverzüglich einen Waffenstillstand, um das Sterben zu beenden. Die Geiseln müssen sofort freigelassen werden. DIE LINKE spricht allen Opfern und ihren Angehörigen ihr tiefstes Mitgefühl aus.

Wir verurteilen die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober, 1,200 Menschen wurden auf entsetzliche Weise ermordet. 242 Geiseln wurden von der Hamas entführt, von denen erst wenige freigelassen wurden. Damit erlebte Israel den schlimmsten Terrorangriff seit seiner Staatsgründung. Ein Anschlag, der das ganze Land und jüdische Menschen weltweit traumatisiert hat. Weltweit steigt die Zahl antisemitischer Vorfälle. Die Antwort der israelischen Regierung auf das Massaker und den massiven Raketenbeschuss auf Israel war die exzessive Bombardierung des Gaza-Streifens, verbunden mit einer Blockade und gefolgt von einer Bodenoffensive. Durch die Angriffe der israelischen Armee sind mittlerweile mehr als 10.000 Menschen getötet worden, darunter tausende Kinder. Mehr als eine Million Menschen mussten innerhalb des Gazastreifens fliehen. Die israelische Armee bombardiert Wohnhäuser, Schulen, Kirchen, Moscheen, Krankenhäuser und andere medizinische Einrichtungen. Bis zum 7. November wurden 10.000 Zivilist:innen getötet. Auch Mitarbeiter:innen der Vereinten Nationen und Journalist:innen zählen zu den Opfern dieses Krieges. Über eine Million Menschen sind in den bereits völlig übervölkerten Süden vertrieben worden. Auch Fluchtrouten und Zufluchtsorte wurden bombardiert. Die palästinensische Bevölkerung ist schwer traumatisiert.

Wir stehen als LINKE solidarisch an der Seite aller demokratischen Kräfte, die sich für Frieden und ein Leben in Würde, Freiheit und Sicherheit für alle einset-

Wir schließen uns der Forderung der UN-Vollversammlung nach einem sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand an. Das heißt sowohl ein Ende der Bombardierung durch Israel als auch ein Ende des Raketenbeschusses durch die Hamas. Wir fordern die Freilassung aller Geiseln. Es braucht jetzt Verhandlungen, die auf der Grundlage der Anerkennung einer Zweistaatenlösung beruhen. Wir fordern eine deutliche Verstärkung der humanitären Hilfe für die akute Versorgung der Menschen im Gazastreifen, eine Öffnung der Grenze zu Ägypten und die Schaffung eines humanitären Korridors.

Antisemitismus darf in der Öffentlichkeit keinen Raum bekommen. Wer auf Demonstrationen Hass und Gewalt verbreitet, muss dafür bestraft werden. Als DIE LINKE lehnen wir immer und grundsätzlich Doppelbestrafungen mit dem Mittel des Aufenthaltsrechts oder des Staatsbürgerschaftsrechts ab. Strafbares Verhalten muss mit dem Strafrecht geahndet werden, egal welche Staatsbürgerschaft eine Person hat.

Gleichzeitig erleben wir aktuell eine äu-Berst problematische Verschiebung des Diskurses. So wird Antisemitismus über-

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern friedvolle Festtage. Das nächste blättchen erscheint am 6. Februar.

Bürgersprechstunden

Gregor Gysi, MdB

Die nächste Sprechstunde Montag **18.12. von 12-18 Uhr** im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28 um 17 Uhr mit Vernissage Ausstellung Birgit Ziegler. Anmeldungen bitte bei André Schubert unter 63 22 43 57

Sozial- und Rechtsberatung Jeden zweiten Montag im Monat um 16.30 Uhr Im Bürgerbüro Gregor Gysi, Brückenstraße 28, 12439 Berlin Telefonische Anmeldung unter 63 22 43 57

Katalin Gennburg, MdA Donnerstag, 21.12, 15-17 Uhr (nach vorheriger Terminabsprache), Wahlkreisbüro "Die Quelle" Moosdorfstr. 7-9, 12435 Berlin

Carsten Schatz, MdA Mittwoch, 6.12.23 um 17-19 Uhr Tanriverdi's Bölschestraße 60,

Mittwoch, 20.12.23 um 17-19 Uhr Bürgerbüro Wißlerstraße 24, Hirschgarten.

Friedrichshagen.

Zurück zur PDS?

Oder wie modern ist Die Linke?

Am Freitag, 15. Dezember, ist Gregor Gysi zu Gast bei der Progressiven Linken Treptow-Köpenick. Gemeinsam mit dem prominentesten Vertreter der Partei soll über Ziele und Ausrichtung, über Identität und Modernisierung der Partei nach dem Abgang von Sahra Wagenknecht gesprochen werden. Der Zusammenschluss lädt alle Mitglieder und Sympathisant:innen herzlich ein.

Freitag, 15. Dezember, 17 Uhr, Geschäftsstelle Allendeweg 1

wiegend Menschen mit Migrationshintergrund oder muslimischen Glaubens zugeschrieben und sie werden unter Generalverdacht gestellt. Dabei zeigen Untersuchungen, dass Antisemitismus in Deutschland quer durch alle Gesellschaftsschichten geht und tief in den Milieus verankert ist, die sich als "Mitte der Gesellschaft" betrachten.



Eine beeindruckende Veranstaltung, die sowohl die Schönheit der italienischen Synagogalmusik als auch die Bedeutung jüdischen Lebens in Deutschland deutlich machte "Unter dem Motto "Viva l'Italia - von Rossi zu Rossini" fand am 12. November 2023 das dritte Köpenicker Synagogenkonzert statt, eine Veranstaltung, die in Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt Treptow-Köpenick und vielen engagierten Akteuren organisiert wurde. Zum Gedenken an den 85. Jahrestag der Reichspogromnacht erklang im Saal der "Freiheit Fünfzehn" in der Köpenicker Altstadt italienische Synagogalmusik aus fünf Jahrhunderten. Die Gäste, darunter auch der weltberühmte Kantor Joseph Malowany, füllten den Saal bis auf den letzten Platz aus.

Stolpersteine Plänterwald

Gedenken an Bertha Samson und Karl Kurt Ernicke

Es war bereits dunkel, als sich am 9. November 2023 um 17 Uhr in Plänterwald vor der

Moosdorfstraße 3 und 4 zahlreiche Anwohnende, Mitglieder des Bundes der Antifaschisten Treptow und der Treptower Linken, unter ihnen Bezirksstadträtin Carolin Weingart und Katalin Gennburg, Abgeordnete im Berliner Parlament, zusammenfanden. Sie waren der Einladung des BdA Treptow gefolgt, an der Verlegung von Stolpersteinen für Bertha Samson und ihren Enkel Karl Kurt Ernicke teilzunehmen. Die beiden hatten hier in nebeneinander liegenden Häusern gelebt, nur wenige Schritte entfernt vom Treptower Park.

Bertha Samson wohnte viele Jahre in der Moosdorfstraße 4. Im Januar 1942 wurde sie gezwungen, ihr eigenes Zuhause aufzugeben, nach nebenan zu ziehen und später mit der gesamten Familie in eine sogenannte "Judenwohnung" in Charlottenburg. Am 3. Oktober 1942, wenige Tage vor ihrem 66. Geburtstag, deportierten die Nazis Bertha Samson nach Theresienstadt. Dort wurde sie am 24. April 1943 ermordet.

Kurz nach ihr holte die Gestapo auch ihren Enkel aus der Moosdorfstraße 3 ab. Karl Kurt Ernicke hatte Einspruch eingelegt gegen die Kündigung seiner Wohnung, in die ein Nazifunktionär unbedingt einziehen wollte. Nach zweijähriger Gefängnishaft am Alexanderplatz und in Plötzensee kam er zunächst ins KZ Buchenwald und dann in dessen Außenlager Ohrdruf. Die Truppen der Allierten waren nicht mehr weit von Thüringen entfernt, als Karl Kurt Ernicke Anfang April 1945 von der SS mit einer Maschinenpistole von hinten erschossen wurde. Er war 28 lahre alt.

"Mit Karl Kurt wurde ein mutiger und starker junger Mann viel zu früh und sinnlos aus dem Leben gerissen. Er hatte Familie, Freunde, Ziele und Wünsche. Sein Stolperstein vor seinem letzten freiwilligen Wohnort Moosdorfstraße 3 in Berlin-Treptow soll für immer an ihn erinnern", sagte seine Nichte Susanne Ernicke. Sie war bei der Beschäftigung mit ihrer Familiengeschichte auf das Leid von Verwandten in der NS-Zeit gestoßen. Susanne Ernicke initiierte und finanzierte daraufhin für den Onkel einen Stolperstein. Der in Treptow für Verlegungen zuständige BdA Treptow organisierte dann das Gedenken an Bertha Samson und Karl Kurt Ernicke an diesem geschichtsträchtigen Tag.

In ihrer Begrüßung der rund 50 Anwesenden erinnerte Marianne Gaehtgens von der Treptower Stolperstein-Initiative

dann auch daran, dass genau 85 Jahre zuvor, in der Nacht vom 9. auf den 10. November, die SA hier wie überall in Deutschland marodierend durch die Straßen zog und Häuser und Geschäfte zerstörte. In Köpenick steckten die Faschisten die Synagoge in Brand. Nie wieder dürfe ein solches Unrecht geschehen.

Während des Einsetzens des Steines im Schein von Kerzen und Taschenlampen hörten die Umstehenden, auch viele junge Leute aus der Nachbarschaft, sichtlich bewegt zu, was Susanne Ernicke über den Bruder ihres Großvaters erzählte. Dass mit diesem Stein die Erinnerung an ihn erhalten bleibt, gebe ihr ein gutes Gefühl.

Nach der Verlegung lud Katalin Gennburg in ihr wenige Meter entferntes Abgeordnetenbüro zum Gespräch bei Kaffee, Punsch und Kuchen ein, bevor eine immer noch recht zahlreiche Gruppe zum Putzen älterer Stolpersteine im Umfeld der Moosdorfstraße aufbrach. Geputzt werden musste nicht mehr, das hatten bereits Nachbarn getan. Mitglieder der Treptower Stolperstein-Initiative legten noch weitere Rosen dazu und verlasen kurze Texte über die Jüdinnen und Juden, derer hier gedacht wird. Mathias Ehrich erinnerte dann noch einmal an die Novemberpogrome von 1938 und die Millionen NS-Opfer danach.

Susanne Ernicke war sehr berührt und beeindruckt von diesen antifaschistischen Aktivitäten, das Engagement und die große Aufmerksamkeit dafür und nicht zuletzt von den vielen Linken, die sie hierbei kennengelernt hat. Davon werde sie auch zu Hause, im Schwarzwald, berichten. Sie wolle auf jeden Fall wiederkommen – und jedes Jahr einen Stolperstein finanzieren, schrieb sie am Morgen nach diesem bewegenden Abend.

TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++



POLITIK UND ENGAGEMENT

Do 14.12. | 17.30–20 Uhr Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28. Landesweites Neumitglieder- und Interessiertentreffen. Du möchtest politisch aktiv werden, weißt aber nicht, wo anfangen? Du überlegst, der LINKEN beizutreten, aber ganz überzeugt bist du noch nicht? Dann komm zu unserem landesweiten Neumitglieder- und Interessiertentreffen! Wofür steht DIE LINKE. Berlin und wo kann ich mich einbringen?

> Wie funktionieren die Strukturen der Partei? Wo sind wir aktiv und machen Druck? Und was machen unsere Abgeordneten eigentlich den ganzen Tag? Anmeldung: https:// gleft.de/5r0

So 14.1. | 10 Uhr Luxemburg-Liebknecht-Ehrung, Gedenkstätte der Sozialisten, Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Gudrunstraße 20, 10365 Berlin

Tr. 15.12. | 17 Uhr Zurück zur PDS? Oder wie modern ist Die Linke? Diskussion der Progressiven Linken Treptow-Köpenick mit Gregor Gysi. Geschäftsstelle Allendeweg 1

KULTUR UND UNTERHALTUNG

- Fr 8.12. | 19 Uhr Politkabarett. "Fast geschafft 2023!" mit Gerd Hoffmann & Rolf Gundelach. Kulturküche Bohnsdorf, Dahmestraße 33.
- Sa 9.12. | 15 Uhr Vernissage: "Währenddessen an einem anderen Ort". Ausstellung "Ein Jahrhundert des tschechischen Comics". Kulturbundgalerie Treptow, Ernststraße 14–16.
- Mo 18.12. | 17 Uhr Vernissage Fotoausstellung "Birgit Ziegler Zu Gast unter Wasser" im Bürgerbüro Gysi, Brückenstraße 28

Di 19.12. 19 Uhr Musik zum Jahresausklang: Tango and more – eine musikalische Weltreise zum Jahresausklang. Kulturbund Treptow, Ernststraße 14–16



- Di 12.12. | 19 Uhr Netzpolitik-Treffen. Landesarbeitsgemeinschaft Netzpolitik. Interessierte herzlich willkommen! Treffpunkt: Bitte per Mail Anfragen: lag.netzpolitik@dielinke.
- Mo 18.12. | 15 Uhr AG Senior:innen, Gäste und neue Mitglieder willkommen, Bürgerbüro Brückenstraße 28. 12439 Berlin
- Fr 12.1. 20 Uhr DIE LINKE dreitägige Aktionskonferenz für aktive Mitglieder, Anmeldung per E-Mail unter aktionskonferenz@die-linke.de oder telefonisch unter 030 – 24 009 232

